



Bündnis für Bürger: Wahlprogramm 2014 für Mülheim an der Ruhr.

Die Wählergruppe „**Bündnis für Bürger**“ ist ein Bündnis von und für Bürgerinnen und Bürger und wird alle lokalpolitisch kontrovers diskutierten Politikbereiche in Mülheim an der Ruhr mitgestalten und das gesamte städtische Leben weiterentwickeln - **sozial, transparent, ökologisch** und den Menschen unserer Stadt verpflichtet.

Aus dem „Bündnis für Bildung“ hervorgehend sehen wir einen Schwerpunkt unserer Arbeit im Bereich „Bildung“ und streben den Erhalt und die Weiterentwicklung aller Bildungsstandorte in Mülheim an.

Wir sehen uns demokratischen Prinzipien, der UN-Menschenrechts-Charta und den Grundrechten verpflichtet und mahnen deren Umsetzung an. Dies beinhaltet unter anderem die persönliche Freiheit, sowie den Schutz von politisch Verfolgten und Asylbegehrenden. Des Weiteren fühlen wir uns dem Gleichheitsgrundsatz und den demokratischen Grundlagen verpflichtet. Wir sind **unabhängig und neutral**.

Wir achten unterschiedliche Lebensentwürfe, unterschiedliche Kulturen und Religionen und vor allem die Menschenwürde.

Der Mensch ist für uns Grundsatz allen Handelns.
Wir achten seine Anliegen und handeln in seinem Sinne.

Bildung

Der Erhalt aller Schulstandorte ist die oberste Grundlage für den Bildungsstandort Mülheim. Geschlossene Schulen sind oft schon kurzfristig als Bildungseinrichtung für immer verloren. Das ist zu kurz gedacht. Weil immer wieder z. B. durch Zuzug neue Räume benötigt werden, darf die Mülheimer Schullandschaft nicht kleiner werden. Der Elternwille muss beachtet werden, gerade die wieder eingeführte Wahlfreiheit hat für starke Verschiebungen im Schulwunsch gesorgt. Noch immer fehlen Plätze an unseren Gesamtschulen. Das **BfB** fordert daher eine Gesamtschule in Eppinghofen. Gerade dieser Stadtteil braucht eine weiterführende Schule, davon kann die gesamte Stadt nur profitieren. Mittelfristig fordern wir auch eine flächendeckende Inklusion, wobei die Schulen entsprechend vom Land mit SonderpädagogInnen ausgestattet werden müssen. Nur mit dieser gleichzeitigen Aufstockung und Fortbildung von PädagogInnen wird Inklusion zum Gewinn für Alle.

Frühkindliche Erziehung/Bildung

Bildung findet schon im Vorschulalter statt. Frühkindliche Förderung hilft den Kindern schon früh ihre Begabungen zu erkennen. Sprachliche, musische, soziale und andere Kompetenzen sollen frühzeitig geweckt und gefördert werden. Alle Sinne sollen dabei angesprochen werden. Diese frühkindlichen Erfahrungen sind es, die das Gehirn formen und prägen und deshalb sind die ersten Lebensjahre so bedeutsam.

Die frühe positiv geprägte Arbeit mit Kindern ist wichtig, um Chancengerechtigkeit herzustellen und alle Kinder bestmöglich auf ihr Leben vorzubereiten. Werden Begabungen nicht wahrgenommen, können sie verkümmern. Mülheim hat immer noch nicht genügend Kinderbetreuungsplätze. Wir fordern mehr KiTa- und Kindergartenplätze sowie weitere Einstellungen von geschultem Personal. **Kinder-/Jugendpolitik**

Kinder und Heranwachsende müssen in allen Politik-Bereichen berücksichtigt werden. Die Bereitstellung von bezahlbaren und jugendgerechten Sport-, Kultur- und Freizeitmöglichkeiten ist unerlässlich. Bildungsförderung ist gerade für junge Menschen eine bleibende Investition in ihre Zukunft. Ausgrenzung von Minderjährigen macht in Entscheidungsprozessen keinen Sinn.

Wir fordern:

- Ausweitung der Etatansätze z. B. für Girls- und Boys-Days.
- Förderung von zusätzlichen Bildungsangeboten für junge Menschen.
- Frühzeitige Integration für Mädchen und Jungen mit Migrationshintergrund.
- Ausbau von jugendgerechten Sportmöglichkeiten. (Jugendsportpark, Le Parcours, Streetball ...)
- Ausbau von jugendgerechten Kultur- und Freizeitmöglichkeiten.
- Einbeziehung Jugendlicher in politische Prozesse.

Gleichstellungs- und Frauenpolitik

Frauen sind nach wie vor in vielen Lebensbereichen benachteiligt. So bekommen Frauen etwa ein Viertel weniger Lohn als Männer und übernehmen dazu den Großteil der Familien- und Pflegearbeit. Deshalb bedarf es einer eigenständigen Frauenpolitik:

- **Arbeitsmarkt:** „Berufsberatung gegen den Trend“ muss gefördert werden, damit Mädchen sich auch für „typische“ Männer- und Jungenberufe begeistern können. Neben dem schon erfolgreichen „Girls-Day“ soll sich ein finanziell ebenso ausgestatteter „Boys-Day“ etablieren.
Die Beratung für WiedereinsteigerInnen und der Frauenförderplan im öffentlichen Dienst müssen ausgebaut und konsequent umgesetzt werden.
- **Gewalt gegen Frauen und Kinder:** Jede vierte Frau und viele Kinder erfahren Gewalt in verschiedensten Lebenssituationen. Nicht nur die Aufklärung, sondern auch die therapeutische und vorbeugende Arbeit mit gewaltbereiten Tätern muss ausgebaut werden. Es müssen genügend Plätze im Frauenhaus geschaffen werden. Keine Kürzung städtischer Zuschüsse!
- **Armut:** Besonders Alleinerziehende und Seniorinnen sind oft von Armut betroffen. Hier hat die Stadt noch Defizite bei unbürokratischer Hilfe.
- **Migrantinnen:** Frauen mit Migrationshintergrund können oft ihr Leben nicht eigenständig organisieren. Es müssen Sprachkurse angeboten werden, die die Frauen in ihrem Lebensalltag abholen.
- **Familienpolitik:** Der Ausbau der Betreuungsmöglichkeiten ist notwendig, besonders im U3-Bereich.
- **Gleichstellung:** Wir fordern die konsequente Gleichstellung aller Lebensgemeinschaften. Initiativen wie der SVLS (Sozialverein für Lesben und Schwule) oder die Mülheimer AIDS-Beratung sind in ihrer Aufklärungs- und Betreuungsarbeit mit ausreichenden Mitteln zu unterstützen. Aufklärung - auch über alternative Lebensformen - gehört frühzeitig an die Schulen.

ÖPNV

Der Öffentliche Personen Nahverkehr - ÖPNV - ist eine selbstverständliche Pflichtaufgabe der Stadt und muss bezahlbar sein und flächendeckend für Alle erreichbar sein. Ziel einer ökologisch ausgerichteten Stadt muss es sein, möglichst viele Menschen zum Umstieg vom Motorisierten Individual Verkehr - MIV - auf den ÖPNV zu bewegen.

Der schienengebundene Verkehr ist dem Busverkehr im Zweifel vorzuziehen - insbesondere aus Gründen des besseren Stadtklimas - aber auch wegen der besseren Akzeptanz, Kapazität und Attraktivität der Bahnen.

Wir fordern:

- Ein Sozialticket, das diesen Namen verdient.
- Bessere Taktung und pfiffige Lösungen für weniger genutzte Strecken.
- Prüfung der Straßenbahnlinie nach Saarn.
- Alten- und behindertengerechte Einstiegsmöglichkeiten.

Verkehr

Verkehrsberuhigung auf den Straßen sorgt für mehr Sicherheit und weniger Lärm. Dies ist gerade in Wohngebieten auch ein Gesundheitsfaktor. Mülheim hat im vergangenen Jahrhundert viel falsch gemacht. Gewachsene Wegeverläufe wurden sowohl in Ost-West- wie auch in Nord-Südrichtung für immer gekappt oder verengt. Ein Einbahnstraßensystem z. B. in der Innenstadt verwirrt besonders auswärtige Besucher.

Umwegverkehre durch Einbahnregelungen sollten vermieden werden, wobei die Kapazität der Kreuzungen berücksichtigt werden muss. Ein gesamtstädtisches Verkehrskonzept muss her!

Finanzen

Wir verlangen Transparenz und Ehrlichkeit bei den Prognosen zum Mülheimer Haushalt. Die Bevölkerung muss über die aussichtslose Lage bei einer Schuldenhöhe Mülheims von anderthalb Milliarden Euro aufgeklärt werden.

Unser Vorschlag:

Steuergelder müssen gerechter zwischen Bund, Land und Stadt verteilt werden. Bund und Land bürden den Städten immer mehr Aufgaben auf, ohne entsprechende Mittel bereitzustellen. „Konnexität“ hieße: „Wer die Musik bestellt, muss sie auch bezahlen“. Dieses Prinzip sollte bei der Aufgabenteilung oberstes Prinzip sein.

Wir verlangen, dass die Lasten des Finanzdesasters nicht weiter auf die BürgerInnen abgewälzt werden. Auch ein weiterer „Ausverkauf“ des städtischen „Tafelsilbers“ ändert nichts an der Krise und verschlechtert nur die Zukunftsaussichten.

Letztendlich hilft nur ein rigoroser Schuldenschnitt und ein Zinsmoratorium.

Wir begrüßen es, dass seit Kurzem ein "Altschuldenfonds" diskutiert wird, bei dem Bund und Land Zinszahlungen übernehmen.

Kultur

Der Umfang von kulturellen Möglichkeiten und Aktivitäten spiegelt das soziale Leben und die Lebensqualität einer Stadt wider. Mülheim hat mit dem „Theater an der Ruhr“ und dem „stücke“-Wettbewerb hohe Standards für das etablierte Theaterwesen geschaffen. Diese müssen genau so erhalten werden wie „alternative“ Einrichtungen wie das „AZ“ oder der „Ringlokschuppen“.

Darüber hinaus haben sich viele kulturelle Einrichtungen etabliert, die mit viel Engagement Großartiges leisten. Auch diese Aktivitäten sind unterstützenswert, sie kommen den hier lebenden Menschen zugute und fördern nebenbei auch noch die örtliche Wirtschaft: „Jeder in Kultur investierte Euro kommt volkswirtschaftlich gesehen 2,3-fach zurück.“ bestätigen viele Wirtschaftsinstitute. Kultur schafft Arbeitsplätze und ist immer ein bedeutender Standortfaktor. Kultur schafft Zusammenhalt, belebt die Stadt und ist ein wichtiges Element auch für Integrationsbemühungen.

Wir fordern:

- Erhalt aller bestehenden kulturellen Einrichtungen.
- Förderung von Kunst-Ateliers zu vernünftigen Preisen und Konditionen.
- Ausbau und Förderung der kulturellen Vielfalt.

Sport

Auch Sport ist ein Standortfaktor. Gerade die noch vorhandenen dezentralen Sportplätze sind für die Gesundheit von Kindern und Erwachsenen unerlässlich. Leider gibt es in Mülheim das Vorhaben, kleinere Sportflächen aufzugeben. CDU und SPD betreiben dies mit Elan. Die aufgegebenen Sportflächen sollen verkauft werden, damit Leuchtturmprojekte finanziert werden können. Dies macht das **BfB** nicht mit!

Wir fordern:

- Ausbau des Breitensports.
- Erhalt aller Schwimmbäder.
- Erhalt aller Sportplätze.
- Ausbau von jugendgerechten Sportmöglichkeiten.
- Weitere Sportangebote für Senioren und Menschen mit Behinderung.

Stadtplanung, Gewerbe, Umweltschutz

In Mülheim wurde in den letzten Jahrzehnten der Wohnungsbau sehr einseitig gefördert: Für Einfamilien- und Reihenhäuser wurde viel neuer Platz geschaffen - oft mit bedenklichen Auswirkungen auf das Stadtklima. Immer mehr Fläche wird versiegelt, so dass oft die Kanalisation nicht mehr ausreicht.

Viele Unternehmen „horten“ Gewerbefläche und erschweren damit Neuansiedlungen. Die Mülheimer Gewerbeförderung lässt stark zu wünschen übrig. Eigenbetriebe wie „Mülheimer Stadtmarketing und Tourismus“ (MST) und „Mülheim & Business“ brachten nicht die erhoffte Wirkung und kosten bei hohen Geschäftsführergehältern die Stadt jährlich ein Vermögen.

Im Umweltbereich kann die Stadt selbst viel tun und Aktivitäten der BürgerInnen und Unternehmen fördern. Emissionsabbau - insbesondere von CO₂ - ist auch in Mülheim machbar. Bäume verbessern das Klima und insbesondere zusammenhängende Grünzüge geben neuen Raum für die Artenvielfalt von Pflanzen und Tieren.

Wir fordern:

- Mehr preiswerter Wohnraum und Sozialwohnungen.
- Zukünftige Bebauungspläne mit stadtklimatischer Verantwortung.
- Nutzbarmachung vorhandener möglicher Gewerbeflächen.
- Behutsamer Umgang mit noch zu erschließenden Flächen.
- Neuversiegelungen vermeiden, insbesondere in Außenbereichen.
- Förderung von Kleinbetrieben.
- Ausstieg aus „Mülheim & Business“.
- MST in die Stadtverwaltung zurück bringen.
- Weitere Renaturierungen.
- Aktive umweltschonende Energiepolitik.
- Erhalt und Verbesserung der Grünzüge.
- Förderung des Umweltverbunds (Rad/Fußwege/ÖPNV).

Tierschutz

Aktiver Tierschutz heißt für uns, lokale Initiativen mit städtischen Mitteln zu unterstützen. Der hiesige Tierschutzverein hat bereits die Betreuung des Tierheims übernommen, dort ist aber ständiger Handlungsbedarf. Ein weiteres Beispiel für unterstützenswerte Initiativen ist die Aktion für die Kastration freilaufender Katzen.

Massentierhaltung hat in Mülheim nichts zu suchen.

Flughafen

Die jetzige Nutzung des Flughafenareals ist ein ständiges Zuschussgeschäft für Mülheim. Dies muss frühestmöglich beendet werden. Für die weitere Geländenutzung muss ein zukunftsfähiges Konzept her, das Arbeitsplätze, klimatische Belange und den Nutzen für die Menschen berücksichtigt.

Ruhrbania

Die bisherige Planung an den Baufeldern von Ruhrbania ging komplett an den Wünschen der Mülheimer Bevölkerung vorbei. Hier wäre ein Entscheid durch die Bürgerinnen und Bürger von Nöten gewesen, um dieses Desaster zu verhindern. Investoreninteressen gingen dort offensichtlich vor Bürgerinteressen. Die Ruhr ist der Innenstadt nicht näher gekommen, sondern wurde durch die übermächtige Bebauung noch mehr abgeschottet.

Wir fordern:

- Keine Erschließung weiterer Baufelder an der Ruhr.
- Bürgerentscheide vor weiteren Planungen in Ruhrnähe.

Rekommunalisierung / Privatisierungen

Kommunale Beschäftigung hat viele Vorteile: Es werden vernünftige Löhne und Gehälter gezahlt, die Arbeitsplätze sind sicher, auf Leiharbeit kann verzichtet werden und da keine Gewinne erzielt werden müssen, ist es für die Gebührenzahler fast immer günstiger als wenn Private die gleichen Dienste anbieten. Leider hat die Stadt wegen kurzfristiger Bilanzverbesserung oder um Projekte überhaupt vom Land genehmigt zu bekommen, Privatisierungen in großem Umfang durchgeführt. Heute besitzt Mülheim nur noch 10% vom Wasserwerk (RWW), das ihr einmal fast ganz gehört hat. Schulen werden von Privaten umgebaut und „betrieben“ mit Verpflichtungen, die die Stadt über Jahrzehnte belasten. Das Gleiche gilt für das Medienhaus oder die Feuerwache. Selbst im KiTa-Bereich setzt die Stadt auf Öffentlich-Private-Partnerschaft (ÖPP) oder ähnliche Konstrukte.

Wir fordern:

- Keine weiteren Privatisierungen.
- Keine weiteren ÖPP-Projekte oder Ähnliches.
- Förderung städtischer Beschäftigung z. B. beim Reinigungspersonal.
- Prüfung von Möglichkeiten der Rekommunalisierung.

Direkte Demokratie und Transparenz

Aufgrund unserer Erfahrungen beim zunächst erfolgreichen Bürgerentscheid zum Erhalt des Schulstandortes Eppinghofen fordert das **Bündnis für Bürger** Ratsbürgerentscheide zu allen kontroversen Kernthemen, die die BürgerInnen bewegen. Wir sehen darüber hinaus die Stadt in der Pflicht, Bürgerbewegungen ohne kleinkrämerische Behinderung zu unterstützen. Uns liegt viel an einer Ausweitung von offenen Prozessen mit Presse- und Bürgerbeteiligung, wo immer dies sinnvoll und möglich ist. Das würde Transparenz auch schon in den Findungsphasen ergeben. Vieles verschwindet immer noch in nicht-öffentlichen Sitzungen oder hinter verschlossenen Türen. Dies muss dringend auf das rechtliche Minimum reduziert werden.

Menschen mit Behinderung

Ziel muss die flächendeckende Barrierefreiheit in allen öffentlichen Bereichen, insbesondere im ÖPNV sowie städtischen Gebäuden und Flächen sein. Auch private Maßnahmen, z. B. durch Aufklärung und Schulungen, sollten gefördert werden. Ein „barrierefreies Internet“ ermöglicht auch Menschen mit Sehbehinderung den Zugang zum öffentlichen Netz, insbesondere den Service-Seiten der Stadt. Hier kann noch viel verbessert werden. Behindertenverbände sind frühzeitig in die sie betreffenden Planungen einzubeziehen. Unser Ziel ist die „Barrierefreie Stadt“.

Senioren

Sport- und Freizeitangebote sowie Begegnungsmöglichkeiten sind auch für alte Menschen von großer Bedeutung. Es muss auch ein altengerechtes Wohnen in Gemeinschaft mit allen Generationen in Mülheim angeboten werden. In Mülheimer Altenheimen ist nicht immer alles so, wie man es sich wünschen würde. BewohnerInnen und Angehörige sollen ermutigt werden, Missstände und Verbesserungen zu benennen. Unabhängige Kommissionen sollten die Heime in unregelmäßigen Abständen unangekündigt aufsuchen.

Integration

Mülheim hat einen hohen Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund. In weiten Bereichen ist die Integration sehr gut voran gekommen. Trotzdem gibt es immer wieder Bereiche, wo noch mehr für und mit MigrantInnen getan werden kann. Der Integrationsrat hat bisher nicht alle Erwartungen erfüllt. Wir regen einen runden Tisch an, der regelmäßig öffentlich tagt, um neue Lösungsansätze zu finden.

Gesundheit

Mülheim ist mit zwei Krankenhäusern und großer Ärztedichte im City-Bereich gut aufgestellt, aber in den Stadtteilen oft mit Hausärzten unterversorgt. Bisher hat die Stadtverwaltung noch keinen gangbaren Weg gefunden dies zu ändern. Hier müssen neue Handlungsmöglichkeiten gefunden werden.

Unser Fazit:

Mülheim ist eine schöne Stadt mit wunderbaren Menschen. Die Mehrheiten in der Politik haben aber immer wieder an den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger vorbei entschieden. Das wollen wir ändern. Wir stehen für eine Politik des neuen Aufbruchs, für eine Politik, die den Menschen ernst nimmt und in Entscheidungsprozesse einbindet. Dem alten Mülmschen Klüngel wollen wir eine Politik im Sinne der Mülheimerinnen und Mülheimer entgegenstellen. Mit Herz, Kopf und Hand.

Bitte wählen Sie am 25. Mai das **Bündnis für Bürger**.

